



Elternbefragung zum Wechsel von Kindern auf weiterführende Schulen in Köln

Integrierte Jugendhilfe- und
Schulentwicklungsplanung

Kontakt:

Dezernat für Bildung, Jugend und Sport
IV/2, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung
Stadthaus Deutz – Westgebäude
Willy-Brandt-Platz 2
50674 Köln

Ansprechpartner:

Frau Beckmann: Tel: 0221-221-27946
Herr Pfeuffer: Tel. 0221-221-25208
E-Mail: Schuldezernat@stadt-koeln.de

Kooperation mit:

Schulverwaltungsamt der Stadt Köln,
Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Amt für Stadtentwicklung und Statistik, der Stadt Köln



Der Oberbürgermeister - Dezernat für Bildung, Jugend und Sport
Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

Stand: November 2009

1. Hintergrund und Durchführung der Elternbefragung

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (ASW) hat die Verwaltung in seinen Sitzungen vom 15.06.2009 und 24.08.2009 damit beauftragt, eine Befragung unter allen Eltern von Drittklässler/-innen im Schuljahr 2009/10 zum perspektivischen Wechsel der Kinder auf weiterführende Schulen in Köln durchzuführen. Dabei sollten auch die Einstellungen der Eltern gegenüber den Themenfeldern „Länger gemeinsam Lernen“ und „Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung“ erhoben werden. Die Verwaltung wurde gebeten, dem ASW noch im Jahr 2009 über die Befragungsergebnisse zu unterrichten.

Nachdem das Durchführungskonzept und insbesondere ein Fragebogenentwurf in der Sitzung des ASW vom 24.08.2009 erörtert und abgestimmt worden war, wurde die Elternbefragung im September 2009 durchgeführt. Von den Klassenlehrer/-innen und über ihre Kinder erhielten alle Eltern von Drittklässler/-innen Anfang September 2009 einen Elternbrief mit Anschreiben, Fragebogen (siehe Anlage) und einer Kurzinformation zu den weiterführenden Schulformen. Der Elternbrief war mehrsprachig formuliert, in deutscher, türkischer, russischer und englischer Sprache, um allen Eltern – weitgehend unabhängig von der Familiensprache – eine Beteiligung zu ermöglichen. Die Eltern wurden mit dem Anschreiben gebeten, den Fragebogen (in der Sprache ihrer Wahl) auszufüllen und binnen Wochenfrist, spätestens innerhalb eines Zeitraums von zwei Wochen, in einem verschlossenen Umschlag über ihre Kinder wieder bei den Klassenlehrer/-innen abgeben zu lassen. In den Schulen wurden die zurück gegebenen Fragebogen gesammelt und Anfang Oktober 2009 „im Paket“ an das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport zurück gesendet.

2. Beteiligung an der Elternbefragung und Repräsentativität der Befragungsergebnisse

An der Befragung haben sich insgesamt 4.886 Eltern von Drittklässler/-innen beteiligt, das entspricht einer guten Beteiligungsquote von 56%. Die Elternbefragung der Stadt Köln wurde von allen angefragten Grundschulen unterstützt: Entsprechend haben sich an der Befragung Eltern aller 144 städtischen Grundschulen (zuzüglich Nebenstellen) beteiligt, außerdem konnten Eltern der beiden privaten Grundschulen, die über kein eigenes System weiterführender Schulformen verfügen, für eine Beteiligung gewonnen werden. Sehr erfreulich ist, dass die vorliegenden Rückmeldungen der Eltern offenbar keinen systematischen Verzerrungen unterliegen. In allen Stadtbezirken hat sich mindestens die Hälfte der Eltern an der Befragung beteiligt, und die einzelnen Beteiligungsquoten liegen insgesamt sehr nahe am Durchschnittswert (siehe Grafik 1).

Die Befragungsergebnisse können vor diesem Hintergrund als repräsentativ angesehen werden: Mit hoher Wahrscheinlichkeit und bei einer geringen Fehlertoleranz stellen die Ergebnisse ein gutes Abbild der Einstellungen und Wünsche aller Kölner Eltern von Drittklässler/-innen dar.

3. Ergebnisse der Elternbefragung

67% der Eltern geben an, gut oder sehr gut über die unterschiedlichen Bildungsangebote der weiterführenden Schulformen informiert zu sein (siehe Grafik 2).

- Die Befragungsergebnisse weisen darauf hin, dass der weit überwiegende Anteil der Grundschulleitern schon zu einem frühen Zeitpunkt, jedenfalls deutlich vor dem im 4. Schuljahr in den Grundschulen beginnenden Beratungsprozess, Informationen über die Bildungsangebote der weiterführenden Schulen einholt. Dass rd. ein Drittel der Eltern weniger gut oder nicht gut informiert ist, dokumentiert einen zusätzlichen Bedarf an Bildungsberatung.

55% der Eltern gehen davon aus, dass ihr Kind voraussichtlich eine Gymnasialempfehlung erhalten wird. 35% der Eltern sehen für ihr Kind eine Realschuleempfehlung. 6% der Eltern geben die Einschätzung ab, dass ihr Kind eine Hauptschulempfehlung erhalten wird. 3% der Eltern sahen sich zum Zeitpunkt der Befragung nicht in der Lage, die Frage zu beantworten (siehe Grafik 3).

- Die von den Eltern erwarteten Grundschulempfehlungen für ihre Kinder unterscheiden sich bei einer Differenzierung nach Stadtbezirken deutlich. So liegt beispielsweise der Anteil der erwarteten Gymnasialempfehlungen zwischen 42% in Kalk und 80% in Lindenthal (siehe Grafik 4).

59% der Eltern würden ihr Kind nach ihrem Wunsch gerne an einem Gymnasium anmelden, 23% an einer Gesamtschule und 16% an einer Realschule. Einen Hauptschulwunsch äußert lediglich 1% der Eltern (siehe Grafiken 5 und 6).

- Nur ein verschwindend geringer Anteil der Eltern sieht in der Hauptschule die adäquate Schulform für ihre Kinder. Es ist daher mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Anzahl der Hauptschulanmeldungen zukünftig weiter stark sinken wird.
- Insgesamt 1.140 der befragten Eltern möchten ihr Kind nach ihrem Wunsch gerne an einer Gesamtschule anmelden. Von den Eltern mit einer Präferenz für eine Gesamtschule erwarten 49% für ihr Kind eine Realschuleempfehlung, 32% eine Gymnasialempfehlung und 13% eine Hauptschulempfehlung. Bei 6% liegt keine Angabe zu der voraussichtlichen Grundschulempfehlung vor (siehe Grafik 7).
- Rechnet man die Gesamtschulwünsche im Rahmen der Elternbefragung auf die Gesamtelternschaft der Drittklässler/-innen hoch, dann kann von einem stadtweiten Bedarf an 2.042 Gesamtschulplätzen ausgegangen werden. Bei aktuell 1.472 Gesamtschulplätzen beträgt die Differenz zwischen Bestand und Bedarf rd. 570 Plätze (siehe Grafik 8). Ein Fehlbedarf besteht insbesondere im Stadtbezirk Nippes.

67% der Eltern ist es bei der Schulwahl für ihr Kind wichtig oder sehr wichtig, dass die Schule eine Ganztagschule (Schule mit Mittagessen und Angeboten am Nachmittag) ist (siehe Grafiken 9 und 10).

- Hinsichtlich der Einstellung der Eltern zur Ganztagschule und deren Schulwunsch zeigen sich deutliche Zusammenhänge: Vor allem für Eltern, die ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden wollen, ist die Ganztagschule ein wichtiges oder sehr wichtiges Kriterium bei der Schulwahl (77%) (siehe Grafik 11).

66% der Eltern glauben, dass man in Schulen eher bessere Chancen für alle Kinder erreicht, wenn die Kinder länger gemeinsam lernen (siehe Grafik 12).

- Die Befragungsergebnisse zeigen, dass eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Eltern eine Weiterentwicklung der bestehenden Schulstruktur in Richtung eines längeren gemeinsamen Lernens befürwortet und dem gegliederten Schulsystem kritisch gegenübersteht.

72% der Eltern können sich für ihr Kind einen Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung gut oder sehr gut vorstellen, wenn besondere Förderbedingungen für alle Kinder erfüllt sind (siehe Grafik 13).

- Mit einer Drei-Viertel-Mehrheit stehen die Eltern dem Gemeinsamen Unterricht grundsätzlich positiv gegenüber, die Förderbedingungen müssen aber „stimmen“. Viele Eltern verleihen mit Kommentaren ihrer Sorge Ausdruck, dass eine Integration von Kindern mit Behinderung in den Regelschulbetrieb bei sonst gleichen Bedingungen keine angemessene individuelle Förderung der Kinder (sowohl mit als auch ohne Behinderung) zulässt.

4. Bewertung der Befragungsergebnisse

Nach Einschätzung der Verwaltung bestätigt der mit den Befragungsergebnissen dokumentierte Elternwille die Schulpolitik der Stadt Köln der letzten Jahre.

- Einer deutlichen Mehrheit der Eltern ist es wichtig oder sehr wichtig bei der Schulwahl für ihr Kind, dass die Schule eine Ganztagschule ist. Dies zeigt, dass die erheblichen Anstrengungen der Stadt Köln zur Ausweitung der Angebote der Offenen Ganztagschule im Primarbereich und der Ganztagsangebote im Sekundarbereich den Elternbedürfnissen entsprechen.
- Eine große Mehrheit der Eltern steht einem Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung positiv gegenüber, wenn die Förderbedingungen für alle Kinder „stimmen“. Die Zielsetzungen und Anstrengungen der Stadt Köln, den Gemeinsamen Unterricht auszubauen, werden damit bekräftigt. Das Land ist in der Pflicht, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zu schaffen
- Die Befragungsergebnisse zeigen, dass in Köln ein Fehlbedarf an Gesamtschulplätzen besteht, insbesondere im Stadtbezirk Nippes. Nach Ansicht der Eltern müssen Gesamtschulen als Ganztagschulen konzipiert sein; Gesamtschulen als Halbtagschulen entsprechen nicht dem Elternwillen. Das Land ist vor diesem Hintergrund aufgefordert, die derzeitige Festlegung, neue Gesamtschulen nur im Halbtagsbetrieb zu genehmigen, aufzuheben.
- Eine gute Möglichkeit, bundesweit diskutierte und in einer Reihe von Bundesländern umgesetzte Reformschritte auf ihre grundsätzliche Übertragbarkeit auf Kölner Verhältnisse hin zu durchleuchten, stellt die für Anfang Februar 2010 in Köln geplante Fachtagung zu dem Thema „Längeres gemeinsames Lernen“ dar.
- Es besteht die Absicht, in 2010 die Rahmenplanung einer Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in Köln vorzulegen. Hierin sollen u.a. aktuelle und zukünftige schulentwicklungsplanerische Herausforderungen sowie Lösungsansätze beschrieben werden.